

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft

Dazu sagt die Vorsitzende  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Eka von Kalben:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 321.13 / 22.08.2013**

## **Die CDU macht keine konservative, das heißt bewahrende Politik**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

der Antrag der CDU führt zwar den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft im Titel, der Inhalt des Antrags hat damit aber herzlich wenig zu tun.

Sie bitten uns quasi, das Regieren einzustellen. Dem widerspricht der Wählerwille, der Sie ganz bewusst und aus gutem Grund auf die Oppositionsbänke verbannt hat.

Sie sagen: "Alles ist gut! Wir brauchen keine Veränderungen in der Landwirtschaft." Ist das so, Herr Callsen, ist das so, Herr Rickers?

Wenn dies so wäre, dann hätten wir ja heute gar keine Probleme. Wenn der Markt alles regulieren würde, wenn Freiwilligkeit funktionieren würde, wenn die gute „fachliche Praxis“ ausreichen würde, dann wäre ja alles bestens: Die Meere wären voller Fische, der Artenschwund an Tieren und Pflanzen wäre gestoppt, die Flüsse und Seen wären in einem hervorragenden Zustand. Eine Idylle wie auf einem Landleibe-Sahnejoghurt.

Das ist aber leider mitnichten der Fall. Die CDU, die sich selbst eine konservative Partei nennt, hat überhaupt keine konservative, sprich: bewahrende Politik gemacht. Der Artenschwund schreitet voran, wertvolle Wiesen werden in Äcker umgewandelt, Badeverbote wegen Blaualgen und überall Maismonokulturen. Das ist nicht konservativ, das ist kurzsichtig und dumm. Ich habe es schon gestern gesagt: die CDU trägt das Attribut konservativ zu Unrecht, sie haben weder die Natur, noch die Straßen in unserem Land bewahrt.

Was wir wollen ist eine intakte Landschaft, mit vielfältiger Nutzung auf den Äckern, mit Knicks, die noch aussehen wie Knicks und nicht wie Gartenhecken, was wir wollen ist sauberes Wasser, Erhalt des Grünlandes und der bäuerlichen Nutzung der Grünlandregionen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Diese Landesregierung sucht wie noch keine Landesregierung zuvor den Dialog mit den Betroffenen. Es gab noch keinen Landwirtschafts- und Fischereiminister vor Robert Habeck, der derart viel im Land unterwegs war, soviel zugehört hat und so viel Gespräche geführt hat.

Aber missverstehen Sie mich nicht, Dialog zu führen und offen zu sein, heißt nicht meinungslos zu sein. Wir Grünen haben klare Vorstellungen und Konzepte, wie die Probleme in der Landwirtschaft und im Naturschutz im Einklang miteinander gelöst werden können.

Um noch kurz auf die einzelnen Punkte einzugehen:

Grünlandschutz: Das Gesetz zum Erhalt des Dauergrünlandes ist notwendig, das wissen Sie auch, liebe KollegInnen von der CDU, um zu verhindern, dass noch in diesem Herbst, wenn die auf EU-Recht beruhende Dauergrünland-Verordnung vermutlich ausläuft, massiv wieder Grünland umgebrochen wird.

Ich muss schon sagen, es ist eine sehr ungewöhnliche Vorgehensweise, die Sie hier wählen, dass die Opposition im Landtag parallel zu einem im Landtag laufenden Gesetzgebungsverfahren, an dem die Opposition beteiligt ist, einen Antrag formuliert und sagt, „wir wollen das Gesetz nicht“. Bringen Sie doch bitte ihre Kritik bei den Beratungen im Ausschuss und den Debatten im Landtag dazu vor.

Gleiches gilt für das Tierschutzverbandsklagerecht und die Änderung des Landesjagdgesetzes, beides ebenfalls laufende Verfahren.

Vollkommen absurd sind Ihre Forderungen, von den Überlegungen zur zukünftigen Nutzung im Nationalpark Wattenmeer Abstand zu nehmen. Sie wollen, dass die Landesregierung aufhört, zu überlegen? Das kann nicht Ihr Ernst sein.

Zur Nutzung im Nationalpark gibt es noch nicht einmal Entwürfe von Entwürfen, die irgendetwas festlegen, es gibt den Evaluierungsbericht von unabhängiger Seite, es wird jetzt einen Dialogprozess an der Westküste mit allen Betroffenen geben, da werden die im Bericht gegebenen Handlungsempfehlungen breit diskutiert.

Aber Sie wollen, dass nicht einmal mehr nachgedacht werden darf in diesem Land. Das lässt tief blicken. Herzlichen Glückwunsch zu so einem Antrag, den wir natürlich nur ablehnen können!

\*\*\*